

Es informiert Sie	Sabine Schall
Telefon (0202)	563-2830
Fax (0202)	563-8111
E-Mail	sabine.schall@stadt.wuppertal.de
Datum	20.03.2006

---

## **Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld-West (SI/4676/06) am 08.03.2006**

### **Anwesend sind:**

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Bernd Bruß (bis 20.30 Uhr), Herr Dr. Klaus Dörken , Herr Herbert Jeuckens , Frau Christa Kühme , Herr Clemens Mindt

#### **von der SPD-Fraktion**

Herr Walter Boese , Herr Udo Gothsch (ab 18.15 Uhr) , Herr Dr. Bernd Udo Hindrichs , Frau Rosemarie Wicke

#### **von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Wilfried Franz Goeke-Hartbrich , Frau Petra Lückerath

#### **von der FDP**

Frau Ute Haldenwang (bis 20.10 Uhr)

#### **von der WfW**

Herr Heribert Stenzel (bis 20.50 Uhr)

#### **von der Linkspartei.PDS**

Herr Rainer Simon

#### **als Vertreter/in des Oberbürgermeisters**

Herr Beig. Harald Bayer (ab 18.35 Uhr)

#### **nicht anwesend ist:**

Herr Dr. Frank Langewische

**beratende Mitglieder:**

Herr Stv. Bleck (bis 19.15 Uhr)  
Herr Stv. Jaschinsky  
Herr Stv. Kühme  
Herr Stv. Schmitz (bis 19.00 Uhr)

**Verwaltung:**

Frau Gronemeier - Ressort Stadtentwicklung und Stadtplanung  
Herr Nadrowski - Ressort Stadtentwicklung und Stadtplanung

**Presse:**

Herr Goergens - WZ

Schriftführerin:

Sabine Schall

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

**Herr Appenzeller - Schulleiter** - begrüßt die Mitglieder der Bezirksvertretung. Er wolle sich nochmals für die seinerzeitige Bezuschussung des Australien-Projektes bedanken. Aus diesem Projekt heraus habe man viel lernen können. Ferner sei auch ein Vertrag über einen regelmäßigen Schüleraustausch geschlossen worden. Die Kosten hierfür seien geringer als es sonst üblich sei. In diesem Jahr werde selbst eine Lehrerin für einen gewissen Zeitraum ausgetauscht. Ferner biete er seine Räumlichkeiten als regelmäßigen Tagungsort für die Bezirksvertretung an.

**Die Bezirksvorsteherin** teilt mit, dass die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 1.1 - Gehwegparken Zooviertel - erweitert werde.

Ergänzend teilt sie hierzu mit, dass sie am vergangenen Freitag von Herrn Osthoff telefonisch gefragt worden sei, ob sie bereit sei, die Drucksache noch auf die Tagesordnung zu nehmen. Alle Fraktionssprecher seien am gleichen Tag per E-Mail entsprechend informiert worden. Dieser Mail sei auch die Drucksache mit entsprechendem Plan beigelegt worden. Die verspätete Versendung ergäbe sich aus dem Sachverhalt, dass die Freigabe erst nach der Beratung durch den Verwaltungsvorstand erfolgen könne.

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 Bezirksjugendrat

Der Bezirksjugendrat ist nicht anwesend. Schriftliche Anträge liegen nicht vor.

---

#### 1.1 Gehwegparken Zooviertel Vorlage: VO/1442/05

**Herr Stenzel** ist der Ansicht, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung nicht genügend Zeit gehabt hätten, sich mit der Drucksache ausreichend vertraut zu machen. Ihm sei es nicht möglich gewesen, sich die Straßen im Einzelnen anzusehen. Da die Angelegenheit nicht eilig sei, könne sie durchaus bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

**Die Bezirksvorsteherin** teilt hierzu mit, dass sie am vergangenen Freitag telefonisch gefragt worden sei, ob sie bereit sei, die Drucksache noch auf die Tagesordnung zu nehmen. Alle Fraktionssprecher seien am gleichen Tag per E-Mail entsprechend informiert worden. Dieser Mail sei auch die Drucksache mit entsprechendem Plan beigefügt worden.

**Frau Haldenwang** teilt mit, dass die Drucksache ihr nicht zugegangen sei.

**Die Schriftführerin** teilt mit, dass die E-Mail am vergangenen Freitag mit entsprechenden Hinweisen versandt worden sei. Einen Hinweis, dass eine Zustellung nicht habe erfolgen können, habe es nicht gegeben. In den gesendeten Objekten des Outlook-Programmes sei ihr Name mit aufgeführt.

**Auch Herr Dr. Hindrichs** ist der Ansicht, dass die Drucksache zu kurzfristig beraten werden solle. Hier bestehe keine Eile. Auch er habe noch keine Gelegenheit gehabt, mit dem Einen oder Anderen darüber zu sprechen. In der Tendenz sei dies aber sicher richtig.

**Frau Lückerath** zeigt die Dringlichkeit im Zusammenhang mit der Regionale 2006 auf.

**Herr Stenzel** ist ferner der Ansicht, dass die der Bezirksvertretung zugewiesene Beschlussqualität nicht rechtens sei. Es gehe um bezirkliche Straßen, dies sei eindeutig eine Entscheidungsangelegenheit der Bezirksvertretung und nicht des Verkehrsausschusses.

**Frau Lückerath und Herr Dr. Hindrichs** stimmen der Argumentation zu. So stehe zu befürchten, dass der Verkehrsausschuss eine Entscheidung treffe, die ihm gar nicht obliege.

**Herr Behr – Ressort Straßen und Verkehr** – teilt hierzu mit, dass der Rat der Stadt schon vor Jahren für das Zooviertel von seinem Rückholrecht Gebrauch gemacht habe. Da es sich im Zusammenhang mit dem Zoologischen Garten und dem Stadion um überbezirkliche Interessen handele, sei die Entscheidung nicht mehr in Händen der Bezirksvertretung, sie habe hier lediglich ein Anhörungsrecht. Der Verkehrsausschuss als Ratsgremium könne so die abschließende Entscheidung treffen.

Er bedaure natürlich, dass die Vorlage so spät angemeldet wurde. Auch im Verwaltungsvorstand habe es entsprechend kontroverse Diskussionen gegeben. Das, was nun vorliege, sei aber die letztendlich abgestimmte Verwaltungsmeinung.

Zur Dringlichkeit selber könne er sagen, dass der Betrieb im Zoo bald einsetzen

werde. Um die erforderlichen Maßnahmen umzusetzen, müsse heute schon entschieden werden. Schließlich wolle man vermeiden, dass weiterhin Fußwege zugeparkt würden oder u.U. auch Feuerwehrfahrzeuge behindert würden.

**Herr Gothsch** ist der Ansicht, dass die Begründung zur Beschlussqualität nicht zutreffen könne. Er möchte auch wissen, was dieser „angebliche“ Ratsbeschluss genau beinhalte.

**Herr Behr** teilt hierzu mit, dass er den Beschluss nicht wortgetreu wieder geben könne. Letztlich habe der Rat aber seine Kompetenz auf das gesamte Zooviertel ausgeweitet.

**Herr Gothsch** besteht darauf, diesen Beschluss vorgelegt zu bekommen.

**Herr Stv. Jaschinsky** teilt mit, dass der Verkehrsausschuss unabhängig vom heutigen Beratungsergebnis der Bezirksvertretung am 15.03.2006 beraten und entscheiden werde.

**Frau Lückerath** weist darauf hin, dass halbachtiges Gehwegparken in Wuppertal eigentlich verboten und deshalb auch nur die absolute Ausnahme sein solle. Vielleicht habe dies auch mit dieser Entscheidung zu tun.

**Herr Gothsch** findet es überhaupt nicht gut, dass Herr Stv. Jaschinsky einfach hergehen und eine Entscheidung treffen wolle, ohne die Meinung der Bezirksvertretung abzuwarten. Es sei nicht das erste Mal, dass so etwas passiere. Es könne nicht sein, dass noch zu klärende Fragen ignoriert würden.

**Herr Stv. Jaschinsky** weist darauf hin, dass der Verwaltungsvorstand die Vorlage zur Beratung angemeldet habe. Er habe seine Tagesordnung entsprechend festgesetzt.

**Herr Boese** ist daran interessiert, bereits heute eine Entscheidung zu treffen, um die Anwohner nicht weiter zu verunsichern.

**Herr Dr. Hindrichs** begrüßt die Drucksache sehr, hält es im wesentlichen auch für richtig. Aber ohne den Zwang einsehen zu können, wolle er es nicht „Hau Ruck“ absegnen. Den jetzigen Zustand halte man nun auch noch zwei Monate aus. Verschiedene Bezirksvertreter hätten sich noch nicht ausreichend hiermit auseinandergesetzt. Auch aus diesem Grund bitte er den Verkehrsausschuss hier noch keine Entscheidung zu treffen. Es könne nicht richtig sein, an der Bezirksvertretung vorbei zu entscheiden.

**Die Bezirksvorsteherin** schlägt vor, dem Verkehrsausschuss wenigstens ein Meinungsbild mitzugeben.

**Frau Haldenwang** erklärt sich hiermit gar nicht einverstanden. Sie habe sich aus den genannten Gründen noch nicht damit befassen können. Ferner teile auch sie die Ansicht des Herrn Stenzel, dass es eine Entscheidungsangelegenheit der Bezirksvertretung sei. Sie hoffe, dass der Verkehrsausschuss hier „mit mache“.

**Die Bezirksvorsteherin** lässt sodann abstimmen, ob die Drucksache behandelt werden solle.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 7

Enthaltung: 4

**Somit ist eine Beratung und Beschlussfassung abgelehnt.**

**Frau Puppel – Bürgerverein** – teilt kurz mit, dass sie es gar nicht gut finde, dass keine Entscheidung getroffen werde. Sie werde pausenlos von Anwohnern angerufen, die von diesem Vorhaben entsetzt seien. Derer Meinung nach würden durch dieses Vorhaben viele Parkplätze wegfallen. Es seien lediglich 3 oder 4 Personen aus dem Zooviertel, die diese Maßnahme „angeschubst“ hätten. Dieser Einschnitt sei für die meisten absolut nicht von Interesse.

**Die Bezirksvorsteherin** weist nochmals darauf hin, dass es in erster Linie darum gehe, dass die Feuerwehr bei einem evt. Einsatz nicht behindert werde. Aber nun habe man ja genug Zeit, sich damit zu beschäftigen.

**Herr Boese** weist ausdrücklich darauf hin, dass hier eine Ungleichbehandlung der Bürger in Wuppertal stattfindet. Bürger aus anderen Stadtteilen könnten sich folgerichtig beschweren, wenn sie eine Verwarnung für halbachtiges Gehwegparken erhalten würden, während dies im Zooviertel rechtswidrig geduldet würde.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 08.03.2006:

**Die Bezirksvertretung Elberfeld West vertagt die Behandlung und Beschlussfassung der Drucksache bis zur nächsten Sitzung.**

---

2

**Bebauungsplan Nr. 1065 - Steinbecker Meile - und  
Flächennutzungsplanänderung Nr. 0005 - Steinbecker Meile -  
Teilung des Geltungsbereichs und Offenlegungsbeschluss  
Vorlage: VO/0138/06**

**Frau Gronemeier – Ressort Stadtentwicklung und Stadtplanung** – teilt zur Drucksache mit, dass der Geltungsbereich geteilt worden sei. Er bestehe nun aus den Bereichen 1065 und 1065 Ost. Der letztere werde zunächst nicht weiter verfolgt.

Zum Verkehr sei zu sagen, dass mit keinem wesentlich erhöhten Verkehrsaufkommen gerechnet werde. Das entsprechende Gutachten sei erstellt. Es sei beabsichtigt, die am Akzenta-Markt vorbei führende Kopfsteinpflaster-Straße als Einbahnstraße – jedoch nur für PKW - zu öffnen. Wunsch der Verwaltung sei jedoch, hier einen anderen Belag aufzutragen. Laut Gutachter trete nur eine Lärmerhöhung von 2 dba ein, hinsichtlich dieses und weiterer verkehrlicher Aspekte(s) solle mit dem Investor ein entsprechender Vertrag geschlossen werden. Ein weiterer gebietsinterner Kreisverkehr ist geplant um den Abfluss besser zu gewährleisten. Eine gezielte Verkehrslenkung solle für einen besseren Abfluss sorgen. Die Entwässerungssituation sei augenscheinlich wohl doch über die Arrenberger Straße möglich. Dies habe sie aber noch nicht schriftlich. Zum Vorhaben selbst sei zu sagen, dass es sich nur um einen Gebäudekomplex handeln werde. Und zwar werde er als Fortsetzung des OBI-Gebäudes erstellt, es werde keinen Höhenversatz geben. Ebenso sei eine Dachbegrünung vorgesehen. Insgesamt werde es 144 zusätzliche Stellplätze geben, je 8 Stellplätze sei eine Baumpflanzung vorgesehen.

**Herr Stenzel** möchte wissen, ob es eine eigene Fahrspur im Bereich des Bahnhofes Steinbeck für den Abfluss der PKW zur Straße hin geben werde. Ferner möchte er wissen, ob die dort bestehende Veränderungssperre aufgehoben werden könne.

**Frau Gronemeier** sagt zu, die erste Aussage des Herrn Stenzel als Anregung mitzunehmen, diskutiert worden sei sie bisher nicht. Die Veränderungssperre

bleibe bestehen.

**Herr Gothsch** möchte wissen, mit welchem Verkehrsaufkommen insgesamt gerechnet werde.

**Frau Gronemeier** teilt mit, dass dies in der Vorlage ausgeführt sei.

**Herr Gothsch** möchte wissen, was man bei einem so hohen Verkehrsaufkommen für die Anwohner tun könne. Er denke da z.B. an den Straßenbelag.

**Frau Gronemeier** teilt mit, dass ein gewisser Lärmpegel hinzunehmen sei. Es handele sich um ein Mischgebiet, die einschlägigen Werte würden eingehalten. Dort gebe es also keine Verpflichtung etwas zu tun.

**Frau Haldenwang** bemängelt, dass wieder einmal nur einzelne Vorhaben zur Abstimmung stünden, ein Gesamtkonzept für diesen Bereich sei noch immer nicht erstellt. Aus diesem Grund sperre sie sich insgesamt gegen dieses Vorhaben, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

**Herr Boese** stimmt Frau Haldenwang zu. Auch er fordere endlich ein Gesamtkonzept für diesen Bereich. Er habe sich dies schon auf der Vorlage vermerkt.

**Herr Stenzel** sieht dies aber nur als Verbesserung und Aufwertung, damit könne man leben. Ein Gesamtkonzept müsse man vielleicht in anderen Bereichen entwickeln.

**Frau Gronemeier** teilt hierzu mit, dass die hier zu diskutierenden Einzelprojekte zu unterschiedlichen Zeiten entstanden seien. Die Stadtplanung könne den Investoren nicht vorschreiben, wann sie investieren.

**Herr Gothsch** ist auch der Auffassung, dass eine Gesamtsicht für diesen Bereich möglich sein müsse. So werde an verschiedenen Stellen kleine „Häufchen“ gebaut. Derzeit gebe es das Akzenta Gelände, das Elba Gelände oder auch das Frowein Gelände. Es sei unmöglich für eine Stadt, hier kein Gesamtkonzept zu haben. Er fordere dies nun ausdrücklich.

**Frau Lückerath** merkt an, dass ihre Fraktion bereits seit längerem ein Einzelhandelskonzept fordere. So sei hier auch darauf hinzuweisen, dass sich immer wieder Veränderungen ergeben würden. Z.B. sei ja auch nicht von Beginn an geplant gewesen, den Aldi an der Friedrich-Ebert-Straße zu schließen.

**Frau Gronemeier** teilt hierzu mit, dass die Verwaltung nur begrenzt Einfluss auf die Planungen der Investoren bzw. Unternehmer habe. In erster Linie seien es Entscheidungen der Unternehmensführungen. Ferner sei darauf hinzuweisen, dass es sich oftmals nur um Verlagerungen handele. Insbesondere der Aldi an der Friedrich-Ebert-Straße gebe nicht mehr genug Verkaufsfläche her.

**Herr Bayer** weist darauf hin, dass die Planer vom Ressort Stadtentwicklung und Stadtplanung schon wüssten, wie die Stadtentwicklung eigentlich idealtypisch aussehen müsste. Es habe auch vor Jahren entsprechende Ansätze geben. Diese waren jedoch im politischen Raum zum Teil nicht Konsens fähig. Schließlich würden zur Entscheidungsvorbereitung auch mehrere Verwaltungsebenen gehören, der Planer alleine habe hier nicht genügend Einfluss. Teilweise sei es auch gar nicht gewollt, weil man sich im Einzelfall entscheiden und sich nicht streng an ein Konzept halten wolle. Es sei aber derzeit ein regionales Einzelhandelskonzept in Vorbereitung, dies werde

verwaltungsintern diskutiert.

**Herr Gothsch** erwartet dies jedoch von der Verwaltung. Es müsse doch möglich sein, alle Aspekte mit einzubeziehen. Ein Planungsdezernent muss in der Lage sein großräumig zu denken. Z.B. auch im Hinblick auf die evt. Schließung der Tunnel am Robert-Daum-Platz.

**Die Bezirksvorsteherin** teilt mit, dass ihr bekannt sei, dass an einem Einzelhandelskonzept gearbeitet werde. Dieses sei leider noch nicht fertig gestellt. Man könne in der Tat den Investoren nicht vorschreiben, was sie zu tun hätten.

**Herr Dr. Hindrichs** regt an, Herrn Uebrick in die nächste Sitzung einzuladen, um entsprechende und vor allem dringende Fragen beantwortet zu bekommen. Es sei unabdingbar, hier alle Ebenen zusammen zu führen. Es gebe ja auch den sehr richtigen Hinweis, mal alle großen Investoren zusammen führen zu wollen.

**Frau Lückerath** hält dies für eine ausgezeichnete Idee. Ferner sei sie der Ansicht, dass man bei Aldi auch einmal „Nein“ sagen könne. Sie halte es auch für bedenklich, dass nun auf einmal der alte Markt an der Friedrich-Ebert-Straße geschlossen werden solle. Viele Menschen, die kein Auto zur Verfügung hätten, würden diesen nutzen. Nun müsse ein enormer Weg zurückgelegt werden. Sie wundere sich sowieso über die immer wieder neu entstehenden Discounter. Schließlich gehe unsere Bevölkerung ja zurück.

**Herr Boese** ist der Ansicht, dass auch Herr Küpper hierzu eingeladen werden solle. Insbesondere störe ihn auch, dass seinerzeit gemachte Zusagen, wie z.B. den Erhalt der Aldi Märkte in der Friedrich-Ebert-Straße und der Kölner Straße, nicht mehr gültig sind. Ferner möchte er wissen, was nun aus dem Bereich werde, in dem es bisher Planungen für ein Hotel gegeben habe. Dies sei in seinen Augen ein Schandfleck.

**Frau Gronemeier** teilt mit, dass die Gespräche mit Akzenta ergeben hätten, dass eine Übernahme eines Teils der Verkaufsflächen im Hotelkomplex wohl nicht möglich sei. Es werde aber auf jeden Fall etwas geschehen. Man habe den Bebauungsplan nun erst mal geteilt, weil so der eine Teilbereich schneller bearbeitet werden könne. Ein Ersatz für den Aldi Markt in der Friedrich-Ebert-Straße sei auf dem ELBA-Gelände geplant. Außerdem sei zum Zeitpunkt der Planung an der Steinbecker Meile die Schließung des Aldi-Marktes in der Friedrich-Ebert-Straße noch nicht eingeplant gewesen.

**Herr Boese** weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang auch unbedingt am Robert-Daum-Platz etwas geschehen müsse. Die finanziellen Mittel für die Tunnelschließungen lägen wohl vor.

**Herr Gothsch** möchte wissen, ob noch überhaupt jemand über ein Verkehrskonzept für den Robert-Daum-Platz nachdenke. Durch die Erweiterungen würde sich ein erhöhtes Verkehrsaufkommen ergeben. Hier müsse vorab genauestens geplant werden. Man könne nicht den zweiten vor dem ersten Schritt machen. Außerdem habe er enorme Bedenken, was das zusätzliche Verkehrsaufkommen angehe. Die Tannenbergsstraße allein könne dies auf Dauer nicht aufnehmen. Zu befürchten sei auch, dass dort auf Dauer das halbachtseitige Gehwegparken wegfallende. Er möchte wissen, ob in diesem Zusammenhang mal über eine Verkehrsführung weg vom Kreisel und nach links abbiegend nachgedacht worden sei.

**Herr Boese** weist auch noch darauf hin, dass ein Abbiegen von der Moritzstraße aus kommend nach links in die Friedrich-Ebert-Straße viel zu gefährlich sei und

sich außerdem zu lange Warteschlangen bilden würden.

**Frau Gronemeier** regt an, dem Beschluss die gemachten Anregungen zuzufügen.

**Herr Goeke-Hartbrich** weist darauf hin, dass der Verkehr im Bereich des Robert-Daum-Platzes demnächst sowieso deutlich blockiert werde, weil durch die Schließung der Tunnel Fußgängerampeln nötig würden. Auch er halte es für dringend erforderlich, ein durchdachtes Verkehrskonzept aufzustellen und dies alles mit einzuplanen.

**Die Bezirksvorsteherin** weist darauf hin, dass laut Drucksache der Verkehr auch bei einer prognostizierten Verkehrszunahme von 35 % gewährleistet sei.

**Die Bezirksvorsteherin lässt die Beschlussempfehlung einzeln abstimmen:**

Zu 1. Zustimmung: 13  
Ablehnung: 0  
Enthaltung: 1 (SPD)

Zu 2. Zustimmung: 13  
Ablehnung: 0  
Enthaltung: 1 (SPD)

Zu 3. unter Einbeziehung der oben aufgeführten Anregungen  
Zustimmung: 11  
Ablehnung: 2 (FDP / SPD)  
Enthaltung: 1 (SPD)

**Herr Bayer** bemerkt, dass die Schriftführerin nun die schwierige Aufgabe habe, aus den Diskussionsbeiträgen die weiter zu gebenden Anregungen heraus zu suchen.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 08.03.2006:

**Beschlussvorschlag**

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1065 – Steinbecker Meile - wird geteilt.
2. Der Geltungsbereich der Bauleitpläne umfasst eine Fläche wie sie sich aus den Anlagen 01, 04,06 und 09 ergibt.
3. Die Offenlegung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 0005 und des Bebauungsplanes Nr. 1065 wird gemäß § 3 (2) BauGB beschlossen. Die Begründung sowie ein Umweltbericht sind beigelegt.

**Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld West vom 08.03.2006**

Es wird empfohlen, dem o.g. Beschlussvorschlag unter Einbeziehung der v.g. Anregungen zuzustimmen.

Einzelabstimmung zu 1. Einstimmigkeit bei 1 Enthaltung (SPD)  
Einzelabstimmung zu 2. Einstimmigkeit bei 1 Enthaltung (SPD)  
Einzelabstimmung zu 3. Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen (SPD / FDP)  
und 1 Enthaltung (SPD)



---

**- Aufstellungsbeschluss zu den Bauleitplanverfahren Nr. 1048 und 1048V - Vorlage: VO/1564/05**

**Herr Nadrowski – Städtebaureferendar beim Ressort Stadtentwicklung und Stadtplanung** – geht im Einzelnen auf die Drucksache ein. Ein Großteil der Debatte habe ja schon im voran gegangenen Tagesordnungspunkt stattgefunden. Unter anderem weist er darauf hin, dass das Vorhaben noch im Gestaltungsbeirat beraten werde.  
Hier müsse sich auch noch der Vorhabenträger äußern.

**Herr Boese** weist auch hier auf die Verkehrsführung in der Moritzstraße hin.

**Herr Nadrowski** teilt hierzu mit, dass hier sowohl eine Ein- als auch eine Ausfahrt geplant sei. Ebenso sei derzeit eine Linksabbiegerspur eingeplant. Das Verkehrsgutachten liege jedoch derzeit noch nicht vor. Am kommenden Freitag würden diesbezügliche Gespräche geführt. Hier werde auch der Robert-Daum-Platz thematisiert.

**Herr Stenzel** möchte wissen, was bzgl. der dortigen Fußgänger geplant sei. Schließlich sei die Fahrbahn dort vierspurig.

**Herr Nadrowski** teilt mit, dass es auch diesbezüglich noch Gesprächsbedarf gebe, zumal die nächste Ampel 50 Meter entfernt und keine Querungshilfe vorhanden sei. Man sei aber noch sehr früh im Verfahren, die Verkehrsfrage könne noch ausreichend diskutiert werden.

**Herr Boese** verweist auf das dreigeschossige Gebäude an der Straßenfront. Er hält eine Vermarktung für schwierig, weil dieses nach hinten keine Fenster habe.

**Herr Nadrowski** stimmt dem zu, es seien aber wohl noch keine endgültigen Planungen erfolgt. Der Investor wisse dies auch.

**Herr Stenzel und auch Herr Boese** verweisen nochmals auf die Erstellung eines Gesamtkonzeptes. Auch hier würden wieder verschiedene Bereiche einzeln abgehandelt.

**Herr Nadrowski** teilt hierzu mit, dass er selbst derzeit an der Erstellung eines städtebaulichen Rahmenplanes mitarbeite, der sich auch auf diese Bereiche konzentriere. Es gehe schon darum, hier übergreifende städtebauliche Vorstellungen zu entwickeln. Allerdings sei die Entwicklung des Elba-Geländes hier ein Stück weit heraus gelöst, weil man nun den Antrag auf einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan habe.

**Herr Stenzel** ist der Ansicht, dass das Eine das Andere beeinflusse. Man müsse aufpassen, dass hier nicht losgelöste „Torsos“ entstehen würden.

**Herr Gothsch** weist darauf hin, dass in der Moritzstraße eigentlich kein Gegenverkehr möglich sei. Die Straße sei sehr schmal. Auch hier müsse vorab unbedingt eine Gesamtverkehrskonzeption erstellt werden. Dies müsse als erstes vor allen anderen Schritten auf den Tisch.

**Herr Boese** weist außerdem darauf hin, dass die Straße derzeit noch beparkt werde. Bei der jetzigen Planung würden folgerichtig alle Parkplätze entfallen. Das sei für dieses Gebiet fatal. Das müsse vorab geklärt sein.

**Herr Nadrowski** sagt zu, alle Anregungen mit in das Gespräch mit dem Verkehrsgutachter zu nehmen.

**Herr Gothsch** möchte wissen, ob im Gesamtkonzept auch die dortige Klinik

miteinbezogen werde.

**Auch Frau Lückerath** sieht hier enorme Schwierigkeiten aufkommen.

**Herr Nadrowski** verneint diese Frage, sagt aber zu, auch diese Anregung weiter zu geben.

**Herr Nadrowski** geht abschließend noch kurz auf das Vorhaben Froweingelände ein.

**Herr Dr. Hindrichs und auch Herr Stenzel** sehen die Notwendigkeit zwischen diesen Vorhaben schon jetzt Planungsüberlegungen einzuleiten. Auch hier sei wieder ein Gesamtkonzept erforderlich und wichtig. Eine weitere Wohnbebauung sei wohl ausgeschlossen.

**Auch Herr Nadrowski** sieht die Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes ein. Deshalb würden auch entsprechende Gespräche geführt.

**Herr Boese** fragt noch mal nach, ob auch beim Frowein Gelände auf den Parkplätzen Baumpflanzungen geplant seien.

**Herr Nadrowski** teilt hierzu mit, dass dies erst in der Planung sei, das könne heute noch nicht gesagt werden.

**Die Bezirksvorsteherin** fragt, ob alle 5 Beschlussvorschläge gemeinsam abgestimmt werden können.

**Herr Dr. Hindrichs** äußert Bedenken. Man solle schon die Anregungen mit aufnehmen.

**Die Bezirksvorsteherin** schlägt vor zuzustimmen.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 08.03.2006:

#### **Beschlussvorschlag**

1. Der Aufstellungsbeschluss vom 02.07.2001 zum Bauleitplanverfahren Nr. 1048 - Westlich Robert-Daum-Platz (Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan) aufgehoben.

2. Die erneute Aufstellung der Bauleitpläne Nr. 1048 – Westlich Robert-Daum Platz – (Flächennutzungsplan und Bebauungsplan) mit dem geänderten Geltungsbereich zwischen der Friedrich-Ebert-Straße, westlich des Hochhauses am Robert-Daum-Platz, nördlich der Wupper, östlich des Grundstücks Friedrich-Ebert-Straße 125 und südlich der Friedrich-Ebert-Straße, wie in Anlage 01 näher kenntlich gemacht, wird beschlossen (gem. § 2 Abs. 1 BauGB), ebenso wie die Flächennutzungsplanänderung Nr. 24 (gem. §1 Abs. 3 Satz 1 BauGB, die als Anlage 04 beigefügt ist.

3. Auf Antrag des Vorhabenträgers wird die Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ( VBP) Nr. 1048 V – Westlich Robert-Daum-Platz – gem. §12 BauGB für den Geltungsbereich der Grundstücke Friedrich-Ebert-Straße 105 einschließlich des östlich benachbarten städtischen Grundstücks und Moritzstraße 15 beschlossen.

Gemäß § 12 Abs. 4 BauGB werden die Grundstücke Friedrich-Ebert-Straße 107 bis 109 sowie Moritzstraße 1 mit in den Geltungsbereich einbezogen.

4. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB beschlossen. Die frühzeitige Beteiligung der von der Planung betroffenen

Behörden und sonstiger Träger Öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB soll durchgeführt werden.

5. Die dieser Änderung entgegenstehenden planungsrechtlichen Vorschriften und städtebaulichen Pläne werden aufgehoben.

#### **Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld West vom 08.03.2006**

Es wird empfohlen, dem o.g. Beschlussvorschlag unter Einbeziehung der v.g. Anregungen zuzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit bei 3 Enthaltungen (SPD / WfW)

---

#### **4 Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk V/3 - Sonnborn-Varresbeck / Nützenberg-Zoo**

**Vorlage: VO/0174/06**

**Die Bezirksvorsteherin** teilt mit, dass Herr Hegel seine Kandidatur zurückgezogen habe.

Frau Rasche – Schiedsfrau – werde kurz über ihre Tätigkeit berichten.

**Frau Rasche** begrüßt die Bezirksvertretung und teilt mit, dass sie ihre Tätigkeit bereits seit 10 Jahren ausführe. Sie sei für Nachbarschaftsrecht und Streitigkeiten zuständig. Jede Schiedsfrau / jeder Schiedsmann erhalte eine entsprechende Grundausbildung sowie laufend Fortbildungen. Ebenso würde entsprechende Lektüre durch die Rechtsabteilung der Stadt zur Verfügung gestellt. Betreut würden die Schiedsleute durch die Familienrichterin Frau Kaminski. Einmal im Jahr werde eine Prüfung der Kasse sowie der Protokolle vorgenommen.

**Herr Goeke-Hartbrich** möchte wissen, welche Strafsachen Bestandteil der Arbeit einer Schiedsfrau / eines Schiedsmannes seien.

**Frau Rasche** teilt hierzu mit, dass kleinere Körperverletzungsdelikte, Beleidigungen und Hausfriedensbruchdelikte Bestandteil ihrer Tätigkeit seien.

Im weiteren Verlauf stellt sich **Herr Stronczik** vor.

**Herr Dr. Hindrichs** zieht seine Kandidatur zurück.

**Nach einer kurzen nicht-öffentlichen Beratung wird Herr Stronczik einstimmig in einer geheimen Wahl gewählt.**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 08.03.2006:

**Die Bezirksvertretung Elberfeld-West wählt Herrn Stronczik für 5 Jahre zur Schiedsperson des Schiedsamsbezirkes V/3 - Sonnborn-Varresbeck / Nützenberg-Zoo.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmigkeit**

---

#### **5 Schneebruchkatastrophe 2005 Vorlage: VO/0109/06**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 08.03.2006:

### **Beschlussvorschlag**

Der Sachstandsbericht über die Auswirkungen der Schneebruchkatastrophe 2005 wird entgegen genommen.

**Die Bezirksvertretung Elberfeld West nimmt den v.g. Sachstandsbericht zur Kenntnis.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmigkeit**

---

## **6 Straßenreinigungsgebühren Friedrich-Ebert-Straße - Antrag eines Bürgers**

**Die Bezirksvorsteherin** weist darauf hin, dass das Schreiben bereits zur letzten Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt Berichte und Mitteilungen vorgelegen habe. Eine entsprechende erneute Stellungnahme der ESW sowie ein ausführliches neues Rechtsgutachten seien beigefügt gewesen.

**Mehrere Anwohner** bemängeln erneut, dass sich zwar die Kosten durch die Einstufung in eine höhere Reinigungsklasse erhöht hätten, die Reinigungsleistung als solche aber nicht häufiger erfolge.

**Ein Anwohner** verweist auf die beigefügte Pressemitteilung, nach der die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Elberfeld West wohl offensichtlich bereits eine Änderung gefordert habe. Bisher seien jedoch keine Resultate erfolgt.

**Herr Stv. Bleck** teilt mit, dass er ein Gespräch mit den verantwortlichen Mitarbeitern der ESW geführt habe. Diesseitig sei erklärt worden, dass überall verstärkt gereinigt werde, dies betreffe auch den Bereich der Fa. Bayer. Lediglich der Bereich von der Vogelsaue bis zur Varresbeck sei geringer eingestuft.

**Herr Dr. Hindrichs** ist der Ansicht, dass festgestellt werden müsse, ob dieser Bereich genauso eingestuft sei, wie vergleichbare andere Bereiche innerhalb der Stadt. Seiner Ansicht nach sei zur Klärung des Sachverhaltes eine erneute Anwesenheit eines ESW-Mitarbeiters erforderlich.

**Herr Stv. Jaschinsky** teilt mit, dass die Verwaltung seinerzeit gebeten wurde, zu prüfen, ob ein Teilstück aus der Höherstufung heraus genommen werden könne. Dies sei aber nicht möglich gewesen.

**Herr Stenzel** ist der Ansicht, dass die offensichtlichen Unterschiede in der Einstufung der Friedrich-Ebert-Straße eigentlich nicht rechtens sein können. Dieses müsse unbedingt angepasst werden. Er bestehe daher darauf, dass über den Antrag entschieden werde.

**Herr Bayer** verweist darauf, dass die Bezirksvertretungen hier durchaus das Recht habe, entsprechende Anregungen an den Rat bzw. die ESW weiter zu geben. Daher sollte vorab unbedingt nochmals ein Berichterstatter der ESW eingeladen werden.

**Die Bezirksvertretung** ist damit einverstanden diesen Tagesordnungspunkt in der Sitzung im Mai 2006 erneut zu behandeln.

---

## 7 Freie Mittel der Bezirksvertretung

**Die Bezirksvorsteherin** teilt mit, dass sie nochmals mit der Frauenberatung bzw. mit Frau Nowak vom Gymnasium Bayreuther Straße telefoniert habe. Zwischenzeitlich sei auch in anderen Bezirksvertretungen ein entsprechender Antrag gestellt worden. Diese hätten die Seminare mit einem Betrag in Höhe von 250 Euro aus ihren freien Mitteln bezuschusst. Sie stellt diesen Betrag zur Abstimmung.

**Die Bezirksvertretung** stimmt der Bezuschussung des Seminars "Auf den Spuren meines Schmerzes - selbstverletzendes Verhalten bei Jugendlichen" in Höhe von 250 Euro einstimmig zu.

**Die Bezirksvorsteherin** teilt weiter mit, dass ihr ein Antrag der Grundschulen Nützenberger Str. 288 und Kyffhäuser Str. 98 bzgl. einer weiteren Veranstaltung „Mein Körper gehört mir“ vorliege. Auch hier schläge sie vor, je einen Betrag in Höhe von 250 Euro aus den freien Mitteln als Bezuschussung vorzusehen.

**Die Bezirksvertretung** ist auch hiermit einverstanden.

### **Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld-West vom 08.03.2006:**

Zu 1. - Antrag des Gymnasiums Bayreuther Straße / Frauenberatung

**Die Bezirksvertretung Elberfeld West bezuschusst das Projekt "Auf den Spuren meines Schmerzes - selbstverletzendes Verhalten bei Jugendlichen" mit 250 Euro aus ihren freien Mitteln.**

Zu 2. - Antrag der Grundschulen Nützenberger Str. 288 und Kyffhäuser Str. 98

**Die Bezirksvertretung Elberfeld West bezuschusst die Projekte "Mein Körper gehört mir" mit je 250 Euro aus ihren freien Mitteln.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmigkeit**

---

## 8 Berichte und Mitteilungen

8.1

Ausstattung des Außengeländes der städtischen Tageseinrichtung für Kinder Am Giebel 21 - Information

8.2

Verwendungsnachweis der Grundschule Donarstraße zur Kenntnis

8.3

Verkehrsinformation

8.4

Überprüfung von Einzelbäumen

8.5

Beantwortung der Anfrage der Frau Haldenwang bzgl. der Rodungsarbeiten auf dem Grundstück Bismarckstraße 92 - 94 aus der Sitzung vom 08.02.2006

8.6

Mitteilung des Herrn Wagner zur Sanierungsmaßnahme "Märchenbrunnen" zur Kenntnis

8.7

Liste der Straßennamenvorschläge für Wuppertal - zur Kenntnis

---

## 9 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

9.1

**Frau Lückcrath** drückt ihr Bedauern darüber aus, dass die Deponie Lüntcnbeck nun doch mit MVA-Schlackc aufgefüllt wcrdc. Es scil schade, dass hier kein Weg zu einer Einigung gefunden worden sei.

**Herr Bayer** teilt hierzu mit, dass der Verwaltungsvorstand am vergangenen Montag entsprechend entschieden habe. Hauptgrund sei die hierdurch entstehende Kostenersparnis für die Bürger der Stadt. Herr Dr. Slawig habe dies entsprechend ausgeführt.

**Herr Mindt** bedauert, dass Frau Dr. Dinnebiec sich aus dem Projekt zurück gezogen habe. Man sollte aber nun über eine andere Nutzung nachdenken. Sein Vorschlag sei, dort eine Sonnenuhr zu errichten. Dies sei mit einem geringen Mittelaufwand möglich und sicherlich höchst interessant. Ferner müsse unbedingt gesichert sein, dass auf dem entstehenden Gelände Fußwege eingerichtet würden.

**Herr Bayer** schlägt vor diesbezüglich mit Herrn Nobis Kontakt aufzunehmen.

9.2

**Frau Lückcrath** teilt mit, dass Anwohner des Spielplatzes Roonstraße berichtet hätten, dass dort derzeit nach Altlasten gesucht werde. Sie bittet um einen entsprechenden Sachstandsbericht.

**Herr Bayer** teilt hierzu mit, dass dort nach Auskunft der entsprechenden Fachdienststelle lediglich eine Bohrung im Zusammenhang mit der WSW-Kanalerneuerung stattfinde.

**Frau Lückcrath** kann sich dies nicht erklären, zumal einer der Anwohner von den dort tätigen Arbeitern persönlich die v.g. Auskunft erhalten habe. Sie bittet eindringlich, dies zu klären.

9.3

**Frau Lückcrath** teilt mit, dass im Einmündungsbereich der T-Kreuzung Richard-Wagner-Straße / Mozartstraße viele PKW und teilweise auch LKW ordnungswidrig parken würden. Da dieser Bereich durch einen "Knick" in der Straße für Fußgänger sehr unübersichtlich sei, möge diese Stelle bitte im Hinblick auf die Gefährdung der Fußgänger - insbesondere Kinder - durch das Auftragen einer schraffierten Stelle für das Parken ausgeschlossen werden. Ein entsprechender Brief mit Plan werde dem Protokoll als Anlage beigefügt.

9.4

**Herr Dr. Hindrichs** bittet, für die nächste Sitzung den Tagesordnungspunkt "Arrenberg`schen Höfe" vorzusehen.

9.5

**Herr Dr. Hindrichs** verweist nochmals auf seine bereits gestellten Anfragen und Bitten, die so genannten Rondelle "Die Hasenjagd der Füchse" im Zooviertel wieder in ihren ursprünglichen Zustand zu versetzen. Entsprechende Schreiben füge er dem Protokoll als Anlage bei.

9.6

**Frau Wicke** weist darauf hin, dass nach der Ausfahrt der A 46 - Katernberg - Linksabbieger - von Vohwinkel kommend - auf der Brillerstraße ein großes Loch im Straßenbereich sei, das unbedingt repariert werden müsse. Es stelle eine große Gefahr dar.

9.7

**Frau Wicke** teilt mit, dass ihr ein Brief von Anwohnern der Pagenstecherstraße zugesandt worden sei, in dem sich diese über den Zustand des dortigen Spielplatzes beschwerten würden. Sie bittet die entsprechende Fachdienststelle eindringlich, hier tätig zu werden.

Der Brief ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

9.8

**Herr Bayer** teilt zur Information mit, dass sich eine Anwohnerin der Briller Straße 97 beschwert habe, weil der dortige Teich plötzlich verschmutzt gewesen sei. Bei Untersuchungen habe man festgestellt, dass es sich um Dispersionsfarbe gehandelt habe. Leider würden viele Maler ihre Reste immer wieder in die Kanalisation schütten. Da diese aber noch nicht umfassend angeschlossen seien, käme es immer wieder zu entsprechenden Verschmutzungen.

9.9

**Herr Mindt** teilt mit, dass das Tor an der Grundschule Sillerstraße wieder geöffnet gewesen sei. Es handele sich um ein Tor, das direkt zum Lehrerparkplatz führe. Da er die Örtlichkeit nicht genau kenne, wisse er nicht, ob es sich um das bereits bemängelte Tor handele. Er bitte erneut darum, die Tore geschlossen zu halten, damit die Schüler nicht gefährdet werden.

9.10

**Herr Mindt** weist erneut darauf hin, dass die "Bauruine" in der Straße "Deutscher Ring" nicht genug gesichert sei. Vor zwei der Fenster stehe kein entsprechender Bauzaun, dieser Bereich führe aber direkt in die dahinter liegende Grube. Hier bestehe große Gefahr, insbesondere für spielende Kinder. Die Verwaltung solle dringend tätig werden.

**Kühme**  
**Bezirksvorsteherin**

**Schall**  
**Schriftführerin**